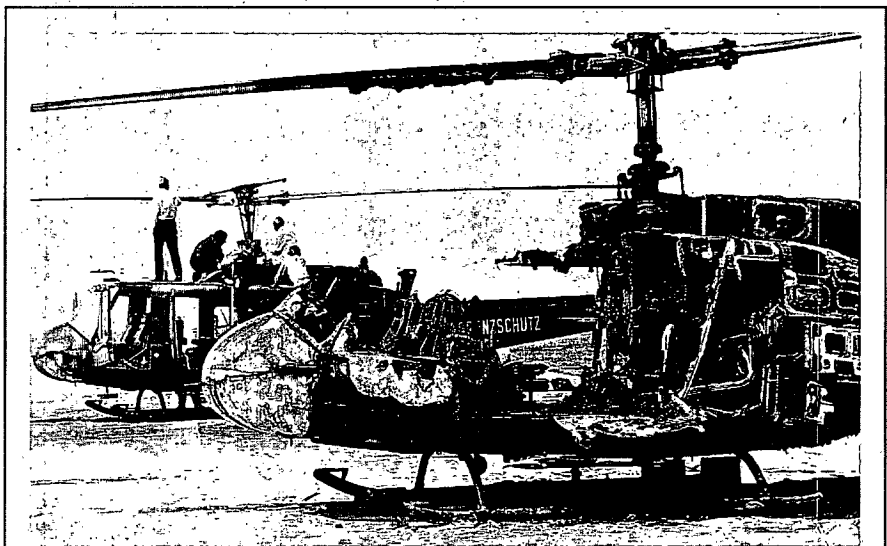


Genscher alias „Tulpe“

Unter dem Decknamen „Tulpe“ hat das DDR-Ministerium für Staatssicherheit Ex-Minister Hans-Dietrich Genscher als „Inoffiziellen Mitarbeiter“ in seinen Akten geführt. Wie ehemalige Stasi-Angehörige gegenüber Geheimdienstexperten sagten, wurden dabei Angaben aus dem Lebenslauf eines DDR-Bürgers benutzt und auf den Liberalen übertragen. Zweck der Manipulation sei es gewesen, den FDP-Politiker unter Druck zu setzen oder bei Bedarf im Zuge einer Desinformationskampagne als Mitarbeiter der Staatssicherheit zu diskreditieren. Der gebürtige Hallenser hatte die DDR 1952 verlassen. Während seiner Partei- und Ministerkarriere im Westen besuchte er regelmäßig Verwandte und Bekannte in der alten Heimat. Nach Angaben der früheren Stasi-Leute wurde die Akte „Tulpe“ Anfang der achtziger Jahre vernichtet. Der Grund: Es habe sich



Genscher



Ausgebrannter BGS-Hubschrauber in Fürstenfeldbruck (1972)

Wie starben die Olympia-Geiseln?

Die Angehörigen der elf israelischen Sportler, die im September 1972 während der Olympiade in München von dem palästinensischen Terrorkommando „Schwarzer September“ ermordet wurden, hoffen auf neue Erkenntnisse über den Hergang des Massakers. Nachdem deutsche Behörden Akteneinsicht und Nachfragen jahrzehntelang abgewimmelt hatten, sind den Familien jetzt Original-Unterlagen zugespielt worden. Dabei handelt es sich um den offiziellen ballistischen Bericht und eine interne Untersuchung der Staatsanwaltschaft über den Hergang des Geiseldramas. Die 32 Angehörigen wollen klären lassen, wie die Sportler starben und wer von den deutschen Politikern im Münchner Krisenstab für Pannen verantwortlich war. „Um Wiedergutmachung geht es uns nicht in erster Linie“, sagt Anke Reches, deren Mann damals ermordet wurde. „Aber 20 Jahre nach dem Massaker möchten wir endlich wissen, was geschah und warum uns die Informationen darüber so lange verweigert wurden.“

herausgestellt, daß Genscher keine den Zielen der DDR zuwiderlaufende Politik betreibe. Als der Altliberale von dieser Begründung erfuhr, habe er, so ein Abwehrexperte, „gar nicht glücklich geschaut“.

Rühe räumt auf

Bundesverteidigungsminister Volker Rühe will sich von einem Vertrauten seines Vorgängers Gerhard Stoltenberg trennen. Im Herbst soll der Leiter des Planungsstabs, Generalleutnant Rolf Hüttel, 57, in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden. Rühe sehe, so heißt es auf der Hardthöhe, in Hüttel einen Vertreter jener militärischen Betonriege, die sich noch nicht mit der veränderten Bedrohungslage nach der Auflösung des Warschauer Paktes abgefunden und entsprechende Schnitte in den Rüstungs-etats akzeptiert hätten. Neuer Leiter des Planungsstabs soll Flottillenadmiral Ulrich Weisser, 53, werden. Der Entlassung Hüttels muß allerdings Bundespräsident Richard von Weizsäcker noch zustimmen. Eine Voranfrage der Hardthöhe ging in der vorigen Woche bereits bei ihm ein. Weizsäcker will erst entscheiden, wenn die von Rühe unterzeichnete Entlassungsurkunde vorliegt und der Minister den Präsidenten ausführlich über die Gründe unterrichtet hat. Das Präsidialamt hat einschlägige Erfahrungen gesammelt: Als Stoltenberg im Jahre 1990 den

Mit Tricks zur Pflegeversicherung

Die Bonner Koalition plant die Einführung einer neuen Sozialversicherung. Sie soll die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die bei Arbeitern und Angestellten sowie in alten und neuen Bundesländern unterschiedlich ist, einheitlich regeln. Der Hintergedanke: In einem Gesetz für eine neue Sozialversicherung könnte die Einführung von Karenztagen verankert werden – zur Finanzierung der geplanten Pflegeversicherung. Für den Fall, daß Karenztage politisch oder verfassungsrechtlich nicht durchsetzbar sind und der Pflingstmontag Arbeitstag werden soll, wollen die Koalitionäre mit juristischen Feinessen Politik machen: Sollten sich einige Bundesländer weigern, den in ihrer Gesetzgebungskompetenz liegenden Pflingstmontag als Feiertag zu streichen, könnte der Bund die Pflicht der Arbeitgeber zur Lohnzahlung für diesen Tag aufheben. In einer Tischvorlage für die Koalitionsspitze meldeten das Innen- und Justizministerium allerdings verfassungsrechtliche Bedenken an. Kommt es weder zu Karenztagen noch zum Wegfall des Pflingstmontags, plant Bonn Maßnahmen gegen das Krankfeiern, um die Unternehmerrassen für die Pflegeversicherung zu füllen. Nur noch ausgesuchte Ärzte sollen Arbeitnehmer krank schreiben dürfen: Wer wegen „großzügiger“ Krankschreibungspraxis „auffällig“ geworden sei, müsse mit Sanktionen rechnen.